

Alter Rat soll noch einmal ran

HILCHENBACH Grüne fordern Sondersitzung zu Steuern / SPD, CDU und FDP halten dagegen

„Hilchenbach nicht kaputt machen“, fordern die einen – „Hilchenbach nicht kaputt reden“ möchten die anderen.

js ■ Mit einem Paukenschlag endet die neunte Wahlperiode des Hilchenbacher Rates, dessen künftige Zusammensetzung morgen die wahlberechtigten Bürger zu bestimmen haben. Nur wenige Tage vor dem entscheidenden Urnengang hat das seit Monaten brodelnde Thema Steuererhöhungen noch einmal den Siedepunkt erreicht. Jetzt, da sich bereits die ausscheidenden Stadtverordneten auf ihren kommunalpolitischen Ruhestand eingestimmt haben, könnten sie nämlich noch ein letztes Mal in alter Besetzung zusammengetrommelt werden.

Grund dafür ist ein Antrag, den die Fraktion der Grünen gestern mit der Überschrift „Wir dürfen unsere Stadt nicht kaputt machen!“ an Bürgermeister Hans-Peter Hasenstab adressiert hat. Unter Berufung auf § 47 der Gemeindeordnung fordern die Grünen die Einberufung einer Sondersitzung des Rates, „um Schaden von unserer Stadt abzuwenden“. In dieser Ratssitzung, die noch vor der am 25. Juni vorgesehenen konstituierenden Sitzung des Stadtparlaments stattfinden müsste, soll es abermals um die am Mittwoch zum wiederholten Male mehrheitlich abgelehnte Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze gehen.

„Die Konsequenzen der in zwei Anläufen von einer Ratsmehrheit aus SPD, CDU und FDP abgelehnten Beschlussvorlage der Verwaltung zur Vermeidung

eines Nothaushalts werden bereits zwei Tage nach der unverantwortlichen Verweigerungshaltung der drei genannten Fraktionen für die gesamte Stadt erschreckend sichtbar“, begründen die Antragsteller, die beispielhaft die nach wie vor ungesicherte Zukunft der Schulsozialarbeit, die Streichung des Familientags und die Schließung des Familienbüros anführen. Dies seien nur einige der Einschnitte in der Folge des Verlustes „jeglichen Handlungsspielraums“. Um weiteren Schaden von Hilchenbach abzuwenden, müsse der amtierende Rat zu einer Beschlussfassung im Dienste der kommunalen Handlungsfähigkeit gelangen. „Wir regen die Einladung eines Vertreters der Bezirksregierung Arnsberg an.“

Die UWG steht in dieser Frage hinter den Grünen, wie sie jetzt noch einmal im Rat bekräftigte. Anders sieht es bei den Fraktionen aus, die sich nicht mit dem Vorstoß der Verwaltung anfreunden konnten, mit einer Anhebung der Hebesätze den Nothaushalt abzuwenden. Man dürfe Hilchenbach nun „nicht kaputt reden“, meinen sie. „CDU, FDP und SPD waren und sind immer bereit, verantwortungsvoll und konstruktiv in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und der Stadtverwaltung Lösungswege zu finden, die schwierige finanzielle Situation zu bewältigen“, meldeten sie sich gestern Nachmittag zu Wort. „Die Verwaltung hat unserer Meinung nach allerdings völlig voreilig vorgeschlagen, in den nächsten Jahren von den Bürgern 1,7 Mill. Euro über die Grundsteuer B und 6 bis 7 Mill. Euro über die Gewerbesteuer einzuziehen, um die Finanzsituation zu verbessern. Das sind die wahren Summen.“

CDU, FDP und SPD hätten diesen gravierenden Eingriff in das Portmonee des Bürgers und der Unternehmen auch des-

halb verweigert, weil der NRW-Finanzminister der Stadt trotz Notlage einen finanziellen Überfluss unterstellt und daher eine Abundanzumlage in Höhe von 1,2 Mill. Euro einkassiert hat.

„CDU, FDP und SPD werden schon in den nächsten Wochen Kontakt aufnehmen zu ihren Landtagsabgeordneten, zur Bezirksregierung und zur Landesregierung, um Widerspruch zu erheben gegen diesen Eingriff in den Haushalt unserer Stadt.“ Außerdem habe der Kämmerer mitgeteilt, dass aufgrund extrem hoher Steuereinnahmen in den Vorjahren mehrere Mill. Euro Überschuss zu erwarten sind, die in die Gesamtbilanz des Haushalts einfließen. „Erst dann kann im Übrigen exakt berechnet werden, mit welchem Umfang die Bürger und die Unternehmen belastet werden müssten, um ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.“

Es sei nicht nachvollziehbar, dass kurz vor der Wahl „in einer naturgemäß emotionsgeladenen Situation ein derart schwieriges und umstrittenes Thema“ auf die Tagesordnung kam. „Wenn daher zurzeit Schaden angerichtet wurde, dann nicht durch den Ratsbeschluss, sondern durch die nebulöse Terminierung.“ Zur Wahrheit gehöre auch, dass viele der von den Grünen und der UWG kaputtgeredeten Projekte über Drittmittel finanziert und damit nicht gefährdet seien.

Ob und wann genau die erwünschte zusätzliche Ratssitzung stattfinden wird, entscheidet sich am Montag: Für den Vormittag nach der Kommunalwahl hat die Verwaltung einen Abstimmungstermin vorgesehen. Die Tendenz, so erklärte Rathaus-Sprecher Hans-Jürgen Klein im SZ-Gespräch, gehe dahin, dass diese Sitzung tatsächlich einberufen wird.